

(Es gilt das gesprochene Wort)

Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren,

zu Beginn meiner Ausführungen spreche ich allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung unseren Dank für die geleistete Arbeit im vergangenen Jahr aus, denn die Fülle der Projekte hat alle auf ihren Posten enorm gefordert. Dafür herzlichen Dank.

In meiner heutigen Rede werde ich auf folgende Schwerpunkte näher eingehen:

- 1. Verhältnis von Verwaltung zu Politik und Bürgerschaft**
- 2. Prestigeobjekte, Fördermittel und die Folgen**
- 3. Wertschätzung des Ehrenamtes**
- 4. Ausgabenschwerpunkte für die nächsten Jahre und mögliche Auswirkungen**
- 5. Personelle Ausstattung der Verwaltung und ihre Konsequenzen**
- 6. Unser Fazit**

1. Verhältnis Verwaltung zu Politik und Bürgerschaft

Der Rat der Stadt ist die politische Vertretung seiner Bürgerinnen und Bürger. Er überwacht nach der Gemeindeordnung NRW den Bürgermeister und die Verwaltung bei der Ausführung seiner Beschlüsse. Ob Bahnhaltsveränderung, die Erstellung des Brandschutzbedarfsplanes, der schon seit Jahren überfällig ist oder die Stundenzuteilung für die Grundschulsekretariate, die ebenfalls seit Jahren für Unruhe in Lehrer- und Elternschaft der Grundschulen sorgt, oder die Suche nach geeigneten Standorten für Kindertagesstätten, Herr Hagemann wir warten noch immer auf die

im Sommer von Ihnen angekündigten möglichen Standorte, all diese Dinge zeigen, dass etwas nicht richtig läuft.

Viele Anträge, auch gemeinsame Anträge mehrerer Fraktionen in den vergangenen Wochen haben deutlich gemacht, dass das Vertrauen in die Verwaltung schwindet. Warum aber ist das eigentlich so? Ursache ist unserer Auffassung nach mangelnde politische Partizipation. Viel zu spät werden Politik und Bürgerschaft in die Entwicklungsprozesse bei den verschiedenen Projekten durch die Verwaltung mit einbezogen. Fertige Produkte werden zur Diskussion gestellt. Ihr Entstehen ist für Politik und Bürgerschaft oft nicht transparent. Politik und Bürgerschaft fühlen sich nicht mitgenommen. Die zwangsläufige Folge ist Misstrauen, Misstrauen in Verwaltungshandeln, das den Nährboden für Politikverdrossenheit auch auf kommunaler Ebene und für das Erwachen extremistischer Tendenzen befördert. In der Bevölkerung ist nicht selten zu hören, die da, gemeint ist die Verwaltung, machen sowieso was sie wollen. Diesen Vorwurf, Herr Bürgermeister, den müssen Sie sich schon gefallen lassen.

2. Prestigeobjekte, Fördermittel und die Folgen

Unsere Fraktion hat in den vergangenen Jahren in den Haushaltsberatungen immer wieder darauf hingewiesen, dass es unsere finanziellen Mittel nicht erlauben, Prestigeobjekte mit städtischen Mitteln zu fördern. Prestigeobjekte wie: die Urbane Berkel, den Rückbau von intakten Straßen wie die Coesfelder Str. in Lette und den Umbau des Parks am Normannwehr, einer Grünfläche von 620 qm für 300.000 €. Als eines der Hauptargumente für die Durchführung dieser Maßnahmen müssen Fördermittel herhalten, bis zu 60 % sollen sie bekanntlich betragen. Meine

Damen und Herren: Fördermittel können doch nicht der Grund für solche Prestigeobjekte sein, denn Fördermittel sind auch Steuermittel. Auch diese Mittel müssen sinnvoll eingesetzt werden.

Die CDU/SPD-Fraktion in diesem Rat hat sich ja für diese höchst fragwürdigen Projekte ausgesprochen und mehrere Millionen Euro dafür zur Verfügung gestellt. Millionen, die uns heute und in den nächsten Jahren fehlen werden für:

- die Schaffung von zusätzlichem Parkraum,**
- die Sanierung von Straßen und Wegen**
- die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum**
- die bedarfsgerechte Besetzung der Grundschulsekretariate,**
- ausreichende OGS- Plätze an unseren Schulen**
- Schaffung von Kintertageseinrichtungen**

Zusätzlich wird als Folge dieser Politik der Schuldenberg der Stadt, der gerade ein wenig abgetragen wurde, in den nächsten Jahren wieder deutlich wachsen.

3. Wertschätzung des Ehrenamtes

Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren, die Verwaltung scheint zumindest bei der Freiwilligen Feuerwehr ihr Herz für das Ehrenamt entdeckt zu haben. Urplötzlich steigen doch die Ausgaben zur Unterstützung des Ehrenamtes bei der Freiwilligen Feuerwehr insgesamt auf eine 5stellige Summe. Noch im vergangenen Jahr haben wir mit einem Antrag (nach ihrer Auffassung, Herr Bürgermeister mit einem sogenannten Hüftschussantrag) eine Erhöhung dieser Mittel beantragt, die aber von Rat und Verwaltung abgelehnt wurde. Dieser Sinneswandel ist wohl nicht nur aus Einsicht erfolgt. Denn vielleicht hat ja die

Bezirksregierung den Druck erhöht, mehr für die freiwillige FW zu tun. Vielleicht dauert ja auch deshalb die Erstellung des neuen Brandschutzbedarfsplanes nun schon mehrere Jahre an. Ein verdammt langer Prozess, ein überlanger Prozess. Und vielleicht gibt es ja auch wegen der deutlich erhöhten Unterstützung des Ehrenamtes bei der Freiwilligen Feuerwehr, eine Ausnahmegenehmigung, so dass nur 2 neue Stellen für die Berufsfeuerwehr von der Bezirksregierung gefordert werden. Wer weiß das schon?

Herr Bürgermeister, verehrte Zuhörer, nicht nur das Engagement bei der freiwilligen Feuerwehr gilt zu fördern. Der Rat hat vor Jahren beschlossen, den Kulturbereich nur noch subsidiär zu unterstützen, d.h. kein eigenes Personal dafür einzustellen. Das war im Angesicht der damaligen Haushaltsicherung auch richtig. Doch die Situation hat sich in den vergangenen Jahren deutlich verbessert. Die Steuern sprudeln, die Kreditzinsen sind so niedrig wie noch nie. Eigentlich hätte man alle Sparmaßnahmen zurück-nehmen oder zumindest mildern müssen. Wurde aber nicht gemacht. Die von Bürgerinnen und Bürgern ehrenamtlich auf die Beine gestellten Kulturveranstaltungen werden immer noch nur äußerst mager, wenn überhaupt, finanziell aus dem städtischen Haushalt unterstützt. Das muss geändert werden. Insbesondere schon allein aus dem Grund, weil die Sicherheitsauflagen für Veranstaltungen immer kostspieliger werden. Das war auch ein Grund dafür, dass ein Highlight wie die Kulturnacht gestorben ist. Wir können nur hoffen, dass „Rock am Turm“ nicht genauso ein Schicksal erleidet. Dieses gilt es zu verhindern. Vielleicht lassen ja andere Fraktionen unseren Antrag aus dem vergangenen Jahr, der bekanntlich geschlossen von der CDU/SPD abgeschmettert wurde, bald wieder aufleben. Wir beobachten das genau. Aber nicht nur im kulturellen

Bereich sondern auch auf sozialem und sportlichem Gebiet müssen wir wieder zu einer deutlich verbesserten finanziellen Unterstützung der ehrenamtlichen Arbeit zurück-kommen.

4. Ausgabenschwerpunkte für die nächsten Jahre und mögliche Auswirkungen

Herr Bürgermeister, uns allen hier ist seit Jahren bekannt, dass der Sanierungsstau an unseren Schulen nur mit erheblichem Millionenaufwand aufzulösen ist. Liquide Mittel dafür anzusparen war notwendig und richtig. Doch das wird bei weitem nicht reichen, auch nicht mit den Fördermitteln nach dem Landesprogramm „Gute Schule 2020“ und dem „Kommunalinvestitionsförderungsgesetz“. Nicht zu vergessen ist die unverzichtbare Glasfaseranbindung aller städtischen Schulen noch in 2019. Und dazu gehört natürlich auch ein funktionierendes Schulnetzwerk, wenn der Digitalpakt auch wackelt. Alle Maßnahmen wie Um- und Erweiterungsbau der ehem. Jakobischule, die Sanierung der Kreuzschule und des Schulzentrums werden in den nächsten Jahren nahezu 65 Mio. € verschlingen. Dem gegenüber stehen 19 Mio. € eigene liquide Mittel und ca. 2,5 Mio. € an fremden Finanzmitteln. Das macht die prekäre Situation der Stadt mehr als deutlich.

Diese prekäre Lage für die städtischen Haushalte kommender Jahre, hervorgerufen durch Prestigeobjekte, wird mit ihrem Namen, Herr Bürgermeister, verbunden sein.

Und diese Situation könnte sich noch weiter verschlimmern, nämlich durch

1. eine Abschwächung der Konjunktur, was sich in einem Rückgang der Steuereinnahmen und ähnlicher Abgaben niederschlagen würde und

2. den mittelfristigen Verzicht von Straßenbaubeiträgen. Sie belasten Anlieger unverhältnismäßig und teilweise existenzbedrohend.

Die Unterschriftensammlung des Bundes der Steuerzahler wird auch in NRW seine Wirkung nicht verfehlen. NRW wird das nachholen, was in anderen Bundesländern bereits Gesetz ist. Noch zielt sich die Schwarz-Gelbe Landesregierung, aber in 3 Jahren sind Landtagswahlen und dann könnte es ja was werden. Nur welche Unterstützung wird durch das Land erfolgen? Niemand weiß es. Am allerwenigsten die Performer in Düsseldorf selbst. Ausgelöst wurde die Diskussion nur dadurch, weil Verwaltungen Ausbaustandards für den Straßenaus- und -umbau festlegten und noch immer in einer solchen Art festlegen, dass Bürger an den Rand des Ruins getrieben werden. Wir als Rat sollten uns deshalb dem Ansinnen des Steuerzahlerbundes anschließen und eine Ratsresolution an den Petitionsausschuss des Landtages mit folgendem Inhalt senden: „Antrag auf Änderung des § 8 Kommunalabgabengesetz für das Land Nordrhein-Westfalen, so dass die Rechtsgrundlage für Straßenausbaubeitragssatzungen in Nordrhein-Westfalen abgeschafft wird und somit generell die Kommunen keine Ausbaubeiträge von den Anliegern fordern dürfen. Durch Zuweisungen des Landes an die Kommunen müssen die Einnahmeausfälle kompensiert werden“. Einen entsprechenden Antrag werden wir für die nächste Ratssitzung einbringen.

Herr Bürgermeister, trotz guter Steuereinnahmen wird es uns in den nächsten 3 Jahren nur gelingen, fiktiv ausgeglichene Haushalte zu verabschieden. Wenn es uns aber nicht einmal in guten Zeiten gelingt einen echt ausgeglichenen Haushalt aufzustellen, was kommt dann erst auf die Bürgerinnen und Bürger in

konjunkturschwacher Zeit zu, bei solchen Maßnahmen, wie wir sie vor der Brust haben.

Die Verwaltung baut bereits vor. Meine Damen und Herren, die Grundsteuerreform bietet Gelegenheit, an der Steuerschraube zu drehen. Bundesfinanzminister Scholz will die Reform aufkommensneutral gestalten, d.h. durch diese Reform soll sich nichts am Gesamtgrundsteueraufkommen einer Gemeinde ändern. Die Verwaltung macht aber in ihrem Vorbericht deutlich, dass sie das nicht so sieht, denn sie bereitet die Politik schon jetzt einmal auf steigende Steuern vor, wenn sie im Vorbericht zum Haushalt 2019 folgendes schreibt:

1. Zitat „unsere Hebesätze der Grundsteuern A und B befinden sich knapp unterhalb des NRW Durchschnitts“ und

2. Zitat „langfristig betrachtet sinkt der prozentuale Anteil der Grundsteuern gegenüber anderen Ertragsarten, weil eine Ausweisung neuer Baugebiete langfristig nicht zu erwarten ist.“

Was bedeutet das aber? Ich wage die Aussage: ab 2020, da ist doch was, nein, 2021 wird die Ratsmehrheit eine Erhöhung der Grundsteuereinnahmen beschließen. Nach allem, was bekannt ist, werden die aktualisierten Grundstückswerte steigen, die Messzahl aber soll deutlich sinken. Das aber allein wird nicht reichen, um aufkommensneutral zu wirken. Eine Senkung der Hebesätze durch die Kommunen ist zusätzlich notwendig. Scholz sagte dazu in einem Interview, ich zitiere: „Ich möchte den Bürgermeister sehen, der sich traut, den Hebesatz nicht zu senken. Ich glaube, es wird keinen einzigen in Deutschland geben, weil der dann bundesweite Popularität erlangt.“ Doch daran darf nach unserer Auffassung

getrost gezweifelt werden. Unser Antrag zu der Grundsteuerthematik ist ja bekanntlich im Rat abgelehnt worden, aber ich verspreche Ihnen, wir werden ihn wieder stellen. Da lassen wir nicht locker.

Die Rahmenbedingungen für den Haushalt 2019 sind nun mal wie sie sind, vieles ist unumkehrbar. Das darf aber nicht dazu führen, dass Notwendiges, ob investiv oder konsumtiv, auf die lange Bank geschoben wird.

5. Personelle Ausstattung der Verwaltung und die Konsequenzen

Bevor ich zum Schluss komme, gestatten sie mir noch ein Wort zum Stellenplan. Der vorgelegte Stellenplan lässt keine Verbesserung bestehender Probleme erkennen. In den letzten guten Jahren ist es von Ihnen, Herr Bürgermeister versäumt worden, ein Personalgerüst zu entwerfen, das die vielen Prestigeobjekte betreuen kann, ohne die Anliegen einzelner Bürger zu vernachlässigen.

Die tägliche Nichtbesetzung der Grundschulsekretariate wird nicht angegangen, das Problem seit Jahren seitens der Verwaltung geleugnet. Bauleitplanprojekte aufgrund privater Anträge oder die Fortsetzung von begonnenen oder neuen Projekten, werden wegen Personalknappheit nicht bearbeitet oder erscheinen ohne Priorität in der Prioritätenliste Stadtplanung.

Die Konsequenz: Bürger werden in ihren berechtigten Anliegen auf den St. Nimmerleinstag vertröstet. Schulleitungen und Eltern müssen sehen, wie sie ihre Probleme selber lösen.

Die Abwanderung vieler hochkompetenter Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Verwaltung wirft ebenfalls kein gutes Licht auf die Personalplanung. Das alles zeugt nicht von Weitsicht, sondern ist ein Desaster. Das muss sich schleunigst ändern.

6. Unser Fazit zum Schluss:

Unsere Forderungen an einen nachhaltigen und am Bürgerwillen orientierten Haushalt sehen wir nicht als erfüllt an, als da sind:

1. **ein dauerhaft zusätzlicher Standort für die Feuerwehr im Westen der Stadt.**

Von uns schon seit 2 Jahren gefordert und nun vielleicht von der Bezirksregierung. Die vorübergehende Unterbringung an der Borkener Straße hat sich bewährt. Nun muss schleunigst gehandelt werden, denn rasche Hilfe für unsere Bürgerinnen und Bürger bei Unglücksfällen liegt u n s jedenfalls sehr am Herzen.

2. **eine angemessene Stellenbesetzung in den Grundschulsekretariaten** zur Hauptunterrichtszeit an jedem Schultag, von uns und in ähnlicher Form auch von der CDU gefordert. Mehr Stellen im Bereich der Bauleitplanung, damit auch einzelne Bürger ihre Anliegen verwirklichen können.

3. **eine klare Prioritätensetzung bei der Sanierung von Gehwegen und Straßen, keine Luxussanierungen,** Sanierungen nur unter Berücksichtigung der finanziellen Möglichkeiten der Beitragszahler.

4. **die Schaffung von öffentlich geförderten Wohnungen.** Bei Großprojekten von Investoren gehört in die Baugenehmigung ein 20 % Anteil geförderten Wohnraums festgeschrieben, um für Normalverdiener bezahlbaren Wohnraum zu schaffen.

5. das Problem der Straßenbaubeiträge nach KAG muss unverzüglich angegangen werden. Die Satzung nach § 8 KAG muss so angepasst werden, dass Anwohner nicht in ihrer Existenz gefährdet sind.

Dieser Haushalt ist ein Haushalt mit Licht, aber auch mit ganz viel Schatten und deshalb lehnen wir ihn auch in diesem Jahr wieder ab.

Vielen Dank für ihre Aufmerksamkeit.